

Bildungsbericht 2018 – Herausforderungen aus Sicht der Jugendsozialarbeit

Der 7. Bildungsbericht der Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) strebt eine umfassende empirische Bestandsaufnahme für das deutsche Bildungswesen an. Die folgenden Befunde markieren die Herausforderungen aus Sicht der Jugendsozialarbeit.

Heranwachsen in bildungsbezogenen Risikolagen

Jedes vierte minderjährige Kind ist von bildungsbezogenen Risikolagen betroffen. Als Risikolagen werden Haushalte mit erwerbslosen oder formal gering qualifizierten Eltern sowie armutsgefährdete Haushalte identifiziert. Der Anteil an Kindern in mindestens einer dieser Risikolagen ist, laut Bericht, in den letzten Jahren leicht gesunken, liegt aber immer noch bei 30 Prozent. Kinder mit Migrationshintergrund und von Alleinerziehenden wachsen auch weiter überproportional häufig unter der Belastung dieser Risikolagen auf.

Die Bildungsungleichheit ist manifest.

Die sozialen Disparitäten im Bildungsbereich und Bildungsungleichheiten sind nach wie vor stark ausgeprägt. Zudem wird festgestellt, dass der zu verzeichnende Trend zu mehr Bildung keine positiven Auswirkungen auf Jugendliche aus Haushalten mit formal geringerer Qualifikation der Eltern habe. Dieses zeige sich auf allen Stufen des Bildungs- und Ausbildungssystems sowie bei den unterschiedlichsten Aspekten der Bildungsteilhabe und der Bildungsergebnisse.

Trend zu höherer Schulbildung steht dem Anstieg der Schulabgänger/-innen ohne Schulabschluss gegenüber.

Weiterhin hält der schon in den letzten Jahren beobachtete Trend zu höherer Schulbildung an. Im Zeitraum von 2006 – 2016 wuchs die Zahl der Übergänge von der Grundschule zum Gymnasium um 11 Prozent, stieg die Zahl der Abiturient/-innen um 9 Prozent und verfügten 2016 43 Prozent der Schulabgänger/-innen über einen entsprechenden Abschluss. Gleichzeitig gab es 2016 erstmals wieder einen Anstieg bei den Schulabgänger/-innen ohne Abschluss.

Kinder und Jugendliche mit Migrationsgeschichte sind die Verlierer/-innen in unserem Bildungssystem.

Kinder in Familien mit Migrationshintergrund leben weiterhin deutlich häufiger in formal schlechter gebildeten Elternhäusern. In den Familien mit Migrationshintergrund – mit deutlichen Unterschieden in Abhängigkeit vom Herkunftsland – haben die Eltern häufiger weder eine Hochschulzugangsberechtigung noch eine abgeschlossene Berufsausbildung. Danach leben 12 Prozent aller Kinder in Elternhäusern mit geringen formalen Bildungsabschlüssen mit entsprechenden Risiken für die eigene Bildungsbiographie, darunter 24,7 Prozent der Kinder unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund und 5 Prozent der Kinder unter 18 Jahren ohne Migrationshintergrund.

Der soziale Status der Eltern prägt die Bildungschancen der Kinder nach wie vor erheblich.

Niedriger Sozialstatus, Migrationshintergrund, geringe kognitive Kompetenzen und Eltern mit niedrigen formalen Bildungsabschlüssen kennzeichnen die Zusammensetzung der Schülerschaft in vielen Hauptschulen. Im Vergleich zu den Gymnasien, die mit 23 Prozent Migrationsanteil nur halb so viele Schüler/-innen mit Migrationshintergrund aufweisen, stammen 47 Prozent der Hauptschüler/-innen aus Migrationsfamilien. Beim elterlichen Bildungsstand wird das Bild noch deutlicher: mehr als ein Viertel der Hauptschüler/-innen kam 2015 aus Elternhäusern mit geringen Bildungsabschlüssen, wogegen dies nur für 4 Prozent der Gymnasiast/innen zutrif.

Bisher nur verhaltende Umsetzung von Inklusion an allgemeinbildenden Schulen

Der schrittweise Ausbau des gemeinsamen, inklusiven Unterrichts vollzieht sich im Ländervergleich in sehr unterschiedlichem und insgesamt zu geringem Tempo. Zwar steige die Inklusionsquote an den Regelschulen, damit gehe aber nahezu kein Rückgang des Anteils von Schüler/-innen einher, die an Förderschulen unterrichtet werden. Die Förderquote der Schüler/-innen mit sonderpädagogischen Förderbedarfen ist sogar gestiegen und lag zuletzt bei 7,1 Prozent. In den Jahren 2016/17 wurden gut eine halbe Million Kinder und Jugendliche in allgemeinbildenden Schulen sonderpädagogisch gefördert. Bislang zeichnet sich nur in wenigen Ländern

ein flächendeckender Trend ab, das Angebot an eigenständigen Förderschulen substanziell zu verringern. In vielen Regionen hat sich dieses Angebot kaum verändert. Nur in vier Ländern werden schon jetzt mehr Schüler/-innen mit Förderbedarf in allgemeinbildenden Regelschulen als in Förderschulen unterrichtet.

Ohne Schulabschluss ... heißt oft kein Zugang zu einem Schulabschluss

2016 haben rund 6 Prozent der Jugendlichen die Schule verlassen, ohne mindestens den Hauptschulabschluss erreicht zu haben. Begründet wird der Anstieg um 1.900 Jugendliche auf 49.300 weitgehend mit dem Zuwachs von ausländischen Jugendlichen ohne Schulabschluss, u.a. mit dem Verweis auf die vielen Geflüchteten. Auffällig ist, dass in allen ostdeutschen Ländern überdurchschnittlich viele Jugendliche ohne Hauptschulabschluss die allgemeinbildende Schule verlassen, obwohl der Anteil der ausländischen Jugendlichen dort in der Regel niedriger als im Westen der Republik ist. Rund jeder zweite Jugendliche ohne Hauptschulabschluss stammt aus Förderschulen, an denen z.T. der Erwerb eines Hauptschulabschlusses auch gar nicht vorgesehen ist, was auf ein strukturelles Problem der Förderschulen hinweist.

Hingegen erreichen Jugendliche mit sonderpädagogischer Förderung an Regelschulen in allen betrachteten Ländern häufiger einen Hauptschul- oder mittleren Schulabschluss als Jugendliche an Förderschulen.

Zugänge in duale, vollzeitschulische Berufsausbildung und den Übergangsbereich

In das berufliche Ausbildungssystem mündeten laut Bericht 2017 knapp 1 Million Personen ein. Etwa die Hälfte der Neuzugänge befand sich im dualen System, etwas mehr als ein Fünftel im Schulberufssystem und nicht ganz ein Drittel im Übergangsbereich.

Für Jugendliche ohne Hauptschulabschluss, deren Zahl sich in den letzten beiden Jahren erheblich erhöht hat, verringerten sich die Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung zwischen 2005 und 2016 von 26 auf 18 Prozent. Jeder Zweite der männlichen Jugendlichen mündet in das duale System ein, bei den Frauen sind dies nur 42 Prozent. Dagegen nahmen Frauen mit 35 Prozent mehr als dreimal so oft wie Männer eine Ausbildung im Schulberufssystem auf.

Männer haben im Vergleich zu den Frauen nach wie vor größere Schwierigkeiten bei der Berufseinmündung. Mit 36 Prozent gehen sie um 13 Prozentpunkte häufiger als Frauen nach der Schule in den Übergangsbereich. Vor dem Hintergrund des geschlechtsspezifischen Berufswahlverhaltens stellen sich verstärkte Anforderungen an die Berufsorientierung. Zudem bestehen verfestigte Nachteile für alle Jugendlichen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Lediglich jeweils 10 Prozent der Auszubildenden im dualen und im berufsschulischen Sektor sind Jugendliche ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Ausländische Jugendliche machen insgesamt mehr als ein Drittel der Neuzugänge im Übergangsbereich aus.

Der Übergangsbereich wird größer und herausfordernder.

Der Übergangsbereich besteht zu rund Dreiviertel aus Angeboten an Berufsschulen. Seit 2015 ist die Anzahl der Neuzugänge in diesem Bereich wieder angestiegen. Sie lag 2017 bei rund 292.000 jungen Menschen im Übergangsbereich. Dieses Wachstum wird im Bericht vor allem auf die Zugänge von jungen Geflüchteten zurückgeführt. Der Übergangsbereich umfasst 29 Prozent aller jungen Menschen auf dem Weg in eine Ausbildung und bildet somit im Wesentlichen die erfolglos gebliebenen Ausbildungsinteressierten ab.

Der Anteil Jugendlicher mit ausländischer Staatsangehörigkeit im gesamten Übergangsbereich ist jedoch ebenfalls gestiegen, 2016 waren es 36 Prozent. Wird hingegen die Herkunft der Jugendlichen betrachtet, wird deutlich, dass von allen Jugendlichen, die hier geboren wurden, aber bei denen mindestens ein Elternteil zugewandert ist, etwa 36 Prozent in den Übergangsbereich einmünden.

Darüber hinaus wird an den Zahlen auch deutlich, dass die Chancen von Jugendlichen, ohne Hauptschulabschluss direkt eine Ausbildung beginnen zu können, weiter gesunken sind. Ihr Anteil im Übergangsbereich stieg von 16 Prozent (2005) auf 29 Prozent (2016). Sowohl junge Menschen mit Migrationshintergrund als auch Jugendliche ohne Hauptschulabschluss – und insbesondere diejenigen, bei denen beides zutrifft – können nach wie vor als die Verlierer des bestehenden Systems bezeichnet werden.

Maßnahmenkarrieren im Übergangsbereich verbessern die Chance auf Ausbildung kaum.

Ca. 60 Prozent der Jugendlichen im Übergangsbereich gelingt es nach einer oder mehreren Maßnahmen eine berufliche (duale oder vollzeitschulische) Ausbildung aufzunehmen; darunter 52 Prozent nach einer Maßnahme und weitere 10 Prozent nach einer 2. oder auch 3. und 4. Maßnahme. Obwohl sich mit diesen Angeboten die Erwartung verbindet, dass es den Jugendlichen nach erfolgreicher Beendigung der Maßnahme gelingt eine Ausbildung aufzunehmen, machen die Zahlen deutlich, dass der Erfolg der Ausbildungseinmündung nicht wesentlich mit der Anzahl der durchlaufenden Maßnahmen steigt. Diese Ergebnisse sollten auch in der Jugendsozialarbeit genauer analysiert und betrachtet werden.

Entwicklung beruflicher Ausbildung

In den vergangenen 10 Jahren sank die Ausbildungsplatznachfrage in der betrieblichen Ausbildung um rund 20 Prozent. Als Gründe hierfür benennt der Bericht die demographische Entwicklung sowie eine gestiegene Bildungsaspiration. Diese Verringerung geht mit einer Reduzierung des Ausbildungsplatzangebotes um ca. 11 Prozent einher. Zudem benennt der Bericht die fehlende Passung zwischen Angebot und Nachfrage. So stieg der Anteil unbesetzt gebliebener Ausbildungsstellen in den letzten 2 Jahren um 9 Prozent, der Anteil unversorgter Bewerber/-innen blieb konstant bei 13 Prozent.

Ebenso haben sich fast unbemerkt von der öffentlichen Wahrnehmung im Schulberufssystem gravierende strukturelle Veränderungen vollzogen. Vor allem in den ostdeutschen Flächenländern reduziert sich das Schulberufssystem nahezu vollständig auf Berufe im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen. Ein differenzierter Blick auf die Berufsgruppen zeigt in den Gesundheits- und Krankenpflegeberufen sowie in den sozialpflegerischen Berufen eine Steigerung um ca. die Hälfte, bei Erzieher- und Kinderpflegeberufen verdoppeln sich die Zahlen. Während auch Berufe in der Mediengestaltung zunehmen, reduzieren sich informationstechnische und kaufmännische Assistenzberufe. Diese Entwicklung im Schulberufssystem wird man vor dem Hintergrund des wachsenden Fachkräftebedarfs in den personenbezogenen Dienstleistungen als wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung sehen müssen. Zugleich bedeutet sie aber auch eine Verengung von Berufswahloptionen. Mit diesen Strukturveränderungen, die im

Schulberufssystem immer stärker den mittleren Schulabschluss voraussetzen, schwinden also auch Ausbildungsalternativen für Gruppen, die von einem erschwerten Ausbildungszugang besonders betroffen sind. Aufgabe der Jugendsozialarbeit ist es, auf diese Entwicklungen Antworten zu finden und sich parteilich für die Interessen von benachteiligten Jugendlichen einzusetzen.

Differenzierte Bewertung der Zugangschancen in Ausbildung

Der Zugang in eine vollqualifizierende Ausbildung unterliegt einerseits regionalen Ausbildungsmarkteinflüssen und Bildungsangeboten sowie andererseits individuellen Merkmalen und Herkunftsfaktoren. Der Bildungsbericht macht deutlich, dass die Friktionen bei der Ausbildungseinmündung viel weniger von den Kompetenzen der Jugendlichen abhängen, als dies in der Öffentlichkeit mitunter diskutiert wird. Die Kompetenzniveaus von Jugendlichen im Übergangsbereich und in vollqualifizierender Ausbildung unterscheiden sich bei gleichem Schulabschluss kaum. Der Bericht stellt jedoch fest, dass Jugendliche, die auf bildungsrelevante Ressourcen zurückgreifen können, die Einmündung in vollqualifizierende Ausbildung im Durchschnitt mit einer um ca. 8 bis 9 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit gelingt. Zudem zeige sich für die Einmündung ins duale System die Relevanz der Unterstützungsleistungen der Eltern, so stieg die Wahrscheinlichkeit der Ausbildungsaufnahme um durchschnittlich 6 bis 9 Prozent. Hingegen wirke sich ein Migrationshintergrund – bei sonst gleichen Voraussetzungen (Schulabschlüsse, Kompetenzausprägungen, Elternunterstützung) – nachteilig auf die Ausbildungseinmündung in das duale System aus. Hier sinkt die Wahrscheinlichkeit um 5 Prozentpunkte. Dies gilt jedoch nicht für das Schulberufssystem.

Der Berichtsbericht 2018 steht hier als Download zur Verfügung <https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2018/bildung-in-deutschland-2018>